

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Ernst Haar MdB, Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, kritisiert die Fahrplankürzungen der Bundesbahn: Sparen am falschen Platz. Seite 1

Wolfgang Clement würdigt die Arbeit von amnesty international: Auch nach 20 Jahren noch Millionen Verfolgte in aller Welt. Seite 2

Edgar Schmidt von der IG-Metallbezirksleitung Stuttgart, wendet sich gegen die Bespitzelung von Betriebsräten durch Arbeitgeber: Im Zusammenspiel mit CDU/CSU? Seite 3

Dieter Sauberzweig zum bevorstehenden AFB-Bundeskongress: Bildung als Zukunftsinvestition. Seite 5

Arne Börnsen MdB durchleuchtet die CDU-Medienpolitik: Hochseilakte mit doppeltem Boden. Seite 7

Wolfgang Metz beschreibt die Situation der Jungen Union in Bayern: Schwierigkeiten mit sich selbst. Seite 9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

36. Jahrgang / 100

27. Mai 1981

Sparen am falschen Platz

Kritik an Fahrplankürzungen der Bundesbahn berechtigt

Von Ernst Haar MdB

Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands

Die für das kommende Wochenende bevorstehenden Zugstreichungen im Fahrplan der Deutschen Bundesbahn (DB) sind eine einseitige Benachteiligung der auf die Bahn angewiesenen Bevölkerung und ein Sparen am falschen Platz.

Eine Verschlechterung der Bahnleistungen im Nahverkehr steht im Widerspruch zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers, der zufolge dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) Vorrang einzuräumen ist. Wenn die DB als Begründung für ihr reduziertes Angebot eine schrumpfende Nachfrage seitens ihrer Kunden angibt, so hat sie diese durch ein miserables Angebot zumindest zum Teil selbst verschuldet. Um weitere negative Schritte in dieser Richtung zu verhindern, sind die Bundesländer gefordert, sich an der Verantwortung für Umfang und Kostendeckung des ÖPNV zu beteiligen.

Trotz überproportionaler Tarifierhebungen und hoher EG-Ausgleichsleistungen bleiben derzeit etwa 15 Prozent der Kosten des S-Bahnverkehrs und 25 Prozent des Schienen-Personenverkehrs (SPNV) in der Fläche deckend. 1979 machte diese Unterdeckung mit etwa 1,5 Milliarden DM den größten Einzelposten des DB-Jahresfehlbetrages aus, - eine Unterdeckung, die nicht länger aus Überschüssen anderer Verkehrszweige auszugleichen ist, sondern zu einer übermäßigen Verschuldung und Zinslast der DB führt.

Wir stehen vor der paradoxen Entwicklung, daß eine volkswirtschaftlich sinnvolle Ausdehnung der SPNV zu einer betriebswirtschaftlich abträglichen Erhöhung des DB-Defizits und unzumutbaren Erhöhung der Zinslasten führen würde. Der DB-Vorstand glaubt sich in dieser Klemme gehalten, laufend Fahrpläne auszuweiten und weitere Streckenschließungen zu planen.

Angesichts dieser beiden Negativalternativen kann die unerläßliche Verkehrsbediening der DB in der Fläche wie in den Ballungsräumen nur sichergestellt werden, wenn Länder, Kreise und Gemeinden einen Beitrag zur Kostendeckung des Nahverkehrs in ihren jeweiligen Regionen leisten. Modelle hierzu werden bereits in verschiedenen Regionen erprobt und diskutiert.

Mit Bundesverkehrsminister Dr. Volker Hauff besteht Übereinstimmung darin, daß künftige Rationalisierungsmaßnahmen bei der Bahn nicht mehr im Personalbereich wirksam werden können. Das Schwergewicht muß vor allem in technischer Modernisierung liegen, soweit diese geeignet ist, sich tatsächlich positiv auf das Wirtschaftsergebnis der Bahn auszuwirken.

(-/27.5.1981 /hi/ca) + + +

Printed in Germany
at the Verlag der
Kommunistischen Partei



ai braucht noch viele Sympathisanten

Auch nach 20 Jahren noch Millionen Verfolgte in aller Welt

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Ein Artikel über "Die vergessenen Gefangenen" des Londoner Rechtsanwalts Peter Benenson, der am 28. Mai 1961 im "Observer" erschien, war vor zwanzig Jahren das Startsignal zur Gründung von "amnesty international". Es ist daraus die größte private Menschenrechtsorganisation der Welt mit einem erdumspannenden Apparat geworden.

Das heißt: Der Begriff "Apparat" ist hier denkbar deplaciert. Denn kennzeichnend für die Arbeit von ai ist gerade das höchstpersönliche Engagement der vielen tausend Mitarbeiter. Ihrer Geduld, Ausdauer und Zähigkeit ist es zu danken, daß beispielsweise im Zeitraum eines Jahres (von Mai 1979 bis Mai 1980) 1.792 von amnesty betreute Gewissensgefangene frei kamen.

ai lebt von der Initiative und der Tatkraft jedes einzelnen Mitgliedes. Es ist eine beeindruckende, weil selbstlose Bürgerinitiative. Deshalb darf man nicht ohne Hochachtung vermerken, daß die bundesdeutsche Sektion mit heute weit über 600 Betreuungsgruppen eine der stärksten amnesty-Bastionen darstellt. Ihre Gründer: Carola Stern, Gerd Ruge und Felix Rexhausen.

"Schlagen Sie Ihre Zeitung an einem beliebigen Tag der Woche auf und Sie werden einen Bericht darin finden, daß irgendwo in der Welt jemand in Haft genommen, gefoltert oder exekutiert worden ist, weil seine Überzeugungen oder seine Religion der Regierung nicht passen. Es gibt mehrere Millionen solcher Menschen in den Gefängnissen, und ihre Zahl nimmt zu", schrieb Peter Benenson vor zwanzig Jahren. Er könnte allen ai-Erfolgen zum Trotz heute die gleichen Sätze wiederholen.

Doch das darf nicht entmutigen. Im Gegenteil: Je mehr Menschen dazu beitragen, daß das Unrechtsbewußtsein in der Welt - und dadurch bewirkt: bei den verantwortlichen Regierungen - geschärft wird, desto deutlicher wird auch das Ausmaß von Menschenrechtsverletzungen werden. Das muß auch so sein.

ai ist nicht das Kürzel einer politischen Macht. Sie kämpft nicht mit pauschalen Vorwürfen gegen fremde "Systeme", die oft nur die Mängel im eigenen übersehen machen wollen. Ihr System ist die konkrete Hilfe des Einzelnen für den Einzelnen. Das macht ihre Stärke aus.

Und es gibt ai auch politische Wirkung. Im Dezember 1972 startete das Londoner Sekretariat eine "Kampagne zur Abschaffung der Folter", die in einen einstimmigen UNO-Appell an alle Staaten mündete, "die Bestimmungen bezüglich des Verbotes der Folter und anderer unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung zu beachten". Heute kämpft ai in einer vergleichbaren Initiative für die Abschaffung und Ächtung der Todesstrafe.

In Frankreich hat gerade in diesen Tagen der Sozialist Francois Mitterrand als eine seiner ersten Handlungen im Amt des Staatspräsidenten einen zum Tode verurteilten Mörder zu lebenslanger Haft begnadigt. Er tat dies, wie berichtet wird, ungeachtet der bevorstehenden Parlamentswahlen entgegen einer angeblich erdrückenden Mehrheitsmeinung in der französischen Bevölkerung. Für ai mag das gerade heute eine Ermutigung sein - und ein Anstoß wenigstens, um nachdenklich zu werden, für jedermann. ai braucht noch viele Sympathisanten.



Im Zusammenspiel mit CDU/CSU

Die Arbeitgeber bespitzeln Betriebsräte

Von Edgar Schmidt

Mitglied der IG Metall-Bezirksleitung Stuttgart

Der Stuttgarter Bezirksleitung der IG Metall liegen Informationen vor, daß die bundesdeutschen Arbeitgeberverbände zusammen mit dem unternehmereigenen Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) ihre Mitgliedsfirmen anweisen, die soeben gewählten Betriebsräte zu bespitzeln. Danach sollen mittels eines siebenseitigen Fragebogens die Betriebe systematisch durchforstet werden, um die "Anzahl der bekanntgewordenen Linksextremisten im Betriebsrat" festzustellen. Außerdem wird die Anzahl der parteipolitischen Listen unterteilt nach CDU (Sozialausschüsse, SPD (AfA), FDP, "alte" Linke (DKP) und "neue" Linke (KP/FL) abgefragt, ebenso detailliert die Parteimitgliedschaft der Betriebsratsvorsitzenden. Diese durch die IG Metall bekanntgewordene Schnüffelpraxis hat inzwischen ein breites Echo in den Medien gefunden.

Dieser Vorgang ist an und für sich unglaublich. Die Arbeitgeber können durch die beachtliche Dichte der Informationen mit verfassungsschutzähnlichen Erhebungen alle gewählten Betriebsräte politisch ausspähen lassen, um die gewonnenen Erkenntnisse für ihre Zwecke zu katalogisieren und sie zum gegebenen Zeitpunkt gegen die Betriebsräte und gegen die Gewerkschaften auszuspielen.

Dabei ist die Unverschämtheit des IW nicht mehr zu überbieten. Es erklärt schlicht und ergreifend, daß es nicht verstehe, warum sich die IG Metall so aufrege. Schließlich schnüffele man schon seit 1965, allerdings - und diese Aussage ist der "Ehrlichkeit" des südbadischen Arbeitgeberverbandes zu verdanken - wollen die Unternehmerverbände jetzt "Nägel mit Köpfen" machen. Während 1978 "nur" 1.620 Betriebe (von 30.000) mit rund 2,3 Millionen Arbeitnehmern vom IW bespitzelt wurden, wollen die Arbeitgeberverbände dieses Jahr offensichtlich das Geschäft des IW auf breiter Ebene mitbesorgen, um "Parallelserhebungen" zu vermeiden. Ferner soll laut südbadischem Arbeitgeberverband sichergestellt werden, daß man nicht mehr "nur auf die Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes angewiesen" ist.

Zunächst ist diese Feststellung eine bewußte Irreführung. Der DGB läßt weder die parteipolitische Kennzeichnung von Betriebsratswahlen noch die Mitgliedschaft in einer politischen Partei von Betriebsratsvorsitzenden feststellen. Dies würde auch den Gedanken der Einheitsgewerkschaft völlig zuwiderlaufen.



Als persönliche Gefahr für die Betroffenen muß die Frage nach dem "Linksextremisten" im Betriebsrat und ihre Beantwortung gesehen werden. Hier werden doch bewußt gedankliche Verknüpfungen zu Terroristen in Kauf genommen. Was das in der heutigen Zeit bedeutet, braucht nicht näher ausgeführt werden.

Die Feststellung, wer ein "Linksextremist" im Betriebsrat ist, wird dem jeweiligen Unternehmer überlassen und da kann einem zum zweitenmal Angst und Bange werden. Bei dem erzkonservativen Weltbild vieler Chefs, ja der faschistoiden Einstellung nicht weniger von ihnen, kann man sich die Antworten lebhaft vorstellen. Da läuft doch jeder Betriebsrat, der sich konsequent für die Interessen der Belegschaft einsetzt, Gefahr, entsprechend abgestempelt zu werden - ohne daß er es weiß und ohne daß er sich dagegen zur Wehr setzen kann. Die IG Metall hat sich mit Erfolg energisch gegen die systematische Beschneffelung der Betriebsräte durch den Verfassungsschutz gewehrt. Bundesinnenminister Baum hat glaubhaft versichert, daß "die Beobachtung von Betriebsratswahlen im Hinblick darauf, welcher politischen Partei einzelne Betriebsratsmitglieder angehören, endgültig zu den Akten gelegt worden ist".

Nunmehr müßte die Bundesregierung auch dafür Sorge tragen, daß diese Ausspähung durch den Verfassungsschutz nicht nur vom Bund und sozialliberal regierten Ländern eingestellt wird, sondern auch von den CDU-regierten. Uns liegen Informationen vor, daß in letzteren von Staatsorganen lustig weiter geschnüffelt werden soll.

Dafür sprechen auch die massiven Einsprüche, vor allem der CSU im Februar 1981 gegen die beabsichtigte Abschaffung der Betriebsrätebespitzelung durch die Bundesregierung. Der Arbeitgeberfragebogen trägt diesen damals geäußerten CSU-Bedenken voll Rechnung. Ein Zusammenspiel auf diesem Gebiet ist wegen der verblüffenden Ähnlichkeit daher nicht auszuschließen.

Es wäre jetzt Sache der Staatsanwaltschaft, sich dieser Vorgänge anzunehmen. Sie müßte prüfen, ob anstelle der seitherigen staatlichen systematischen verfassungsdienstlichen Überprüfung der Betriebsräte nunmehr Privatpersonen diese Aufgabe gegenüber von ihnen abhängig Beschäftigten übernehmen könnten.

Durch die von den Arbeitgeberverbänden und dem unternehmereigenen IW eingeleiteten Aktionen wird das Klima in den Betrieben nachhaltig vergiftet. In geheimer Wahl berufene Betriebsräte brauchen von niemandem und vor allem von keinem Außenstehenden auf ihre demokratische Zuverlässigkeit geprüft zu werden. Sie werden alle drei Jahre von ihren "Wählern" geprüft und diese Wähler haben ein sicheres Gespür dafür, wer ihre Interessen vertritt. Das zeigen auch die Betriebsratswahlergebnisse des Jahres 1981. Alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik sind aufgerufen, sich gegen diese geheimdienstlichen Methoden gegenüberdemokratisch legitimierten Betriebsorganen energisch zu wehren.

(-/27.5.1981/h1/ca)



Bildung als Zukunftsinvestition

AfB-Bundeskongreß leistet Vorarbeit für Münchner Parteitag

Von Senator Dr. Dieter Sauberzweig

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich (AfB)

Der bevorstehende Bundeskongreß der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich steht unter dem Motto "Zukunftsinvestitionen: Qualifizierte Bildung und Ausbildung für alle".

Für die weitere Entwicklung im Bereich von Schule und Ausbildung werden drei Faktoren bestimmend sein: die rückläufigen Schülerzahlen insgesamt, dagegen der Anstieg der Zahlen von ausländischen Kindern und Jugendlichen und der enger werdende finanzielle Rahmen.

Die soziale Entwicklung und der soziale Frieden im nächsten Jahrzehnt in der Bundesrepublik Deutschland werden auch davon abhängen, ob und wie es gelingt, auf Dauer die Probleme des Zusammenlebens mit den ausländischen Mitbürgern zu lösen. Ohne die Belange der ersten Generation der in unserem Lande lebenden Ausländer zu vernachlässigen, müssen die Integrationsbemühungen schwerpunktmäßig auf gezielte Maßnahmen zur beschäftigungs- und berufspolitischen Eingliederung der zweiten und dritten Ausländergeneration gerichtet sein. Nur auf diese Weise ist ein konfliktfreies und chancengleiches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern zu sichern.

Am Abend des 29. Mai wird es eine Podiumsdiskussion zu den Problemen ausländischer Kinder, Jugendlicher und Familien unter der Leitung von Ludwig von Friedeburg geben. Der ehemalige Bundesbeauftragte für Ausländer, Heinz Kühn, der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Jürgen Girgensohn, und der Volksbildungsstadtrat Reinhard Gericke aus Berlin-Kreuzberg werden als Vertreter betroffener Verwaltungen mit ausländischen Arbeitnehmern aus Jugoslawien, der Türkei und Spanien über die Lage der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik diskutieren.

Als weitere wichtige Diskussionspunkte in den Arbeitsgruppen der Bundeskonferenz stehen im Vordergrund



- die Verbesserung der Arbeit der Grundschule durch die Bildung von kleinen Klassen bei abnehmenden Schülerzahlen, durch verstärkte Förderung der Kinder im pädagogischen Bereich, durch eine Aufhebung der Ausgrenzung von behinderten Kindern und durch die Orientierung der Schule auf den sie umgebenden Ort oder Stadtteil (gemeinwesenorientierte Grundschule).
- Die Durchsetzung des Beschlusses des Hamburger Parteitags von 1977, in dem als vorzugswürdigstes Instrument zur Herstellung der Chancengleichheit, das heißt der zukünftigen Lebensbedingungen der nachwachsenden Generation, die integrierte Gesamtschule angesehen wird.
- Innere und äußere Differenzierung der Gesamtschule, die Einrichtung als Ganztagschule und das Aufarbeiten der bisherigen Erfahrungen in den Bundesländern sollen auslösende Funktion für die Einrichtung von weiteren Gesamtschulen im gesamten Bundesgebiet geben.
- Die Jugendarbeitslosigkeit und die damit verbundenen Probleme der Berufsausbildung, das Berufsgrundschuljahr und dessen Weiterentwicklung, die Eingliederung und Ausbildung von Frauen in gewerblich-technischen Berufen und die Verbesserung der Qualität des schulischen Teils der beruflichen Bildung.

Daneben werden die finanzielle Förderung von Studenten, Fachschülern und Fachhochschülern, der weitere Ausbau der Hochschulen und die zukünftigen Aspekte der Weiterbildung wichtige Beratungspunkte der diesjährigen Bundeskonferenz sein.

Die Ergebnisse der AfB-Bundeskonferenz werden in die Diskussion der Partei zurückfließen und in einigen Bereichen wichtige Grundlagen für den SPD-Bundesparteitag im Jahre 1982 sein. (-/27.5.1981/vo-he/ea)

+

+

+



Hochseilakte mit doppeltem Boden

Die CDU betreibt eine unglaubliche Medienpolitik

Von Arne Börnsen MdB

Mitglied in den Bundestagsausschüssen Forschung und Technologie
sowie Post- und Fernmeldewesen

In dieser Woche wird sich der Forschungsausschuß des Bundestages mit dem CDU-Antrag zum sogenannten Verkabelungsstopp beschäftigen. Die bisher von der CDU vorgebrachten Argumente in dieser Sache sind nicht nur falsch und irreführend, sondern gerade verdummend.

Wie ist die Vorgeschichte? 1977 plante die Bundesregierung im Rahmen von Konjunkturmaßnahmen eine Verkabelung von elf Großstädten mit einem Kostenaufwand von 1,2 Milliarden DM. Dies führte zu energischen Einsprüchen einiger Bundesländer, wie zum Beispiel Rheinland-Pfalz (CDU!), weil nach deren Ansicht die vorgesehenen Pilotprojekte zur Prüfung der Akzeptanz des Kabelfernsehens und dem damit verbundenen erweiterten Programmangebot unterlaufen worden wären.

Die Bundesregierung gab den Einwänden Recht und beschloß im September 1979 einen Stopp der Verkabelung von Großstädten, führte indes den Ausbau von Inselnetzen (zum Beispiel bei Hochhausabschattungen) fort - mit dem selben Finanzvolumen.

Und nun ist es die CDU, die gegen die von ihr selbst mitbewirkten Entscheidung Sturm läuft. Mit Argumenten - Investitionsstau, Technologiefindlichkeit - die in Kenntnis der kurz skizzierten Entwicklung nur als gezielte Verdummung der Bürger bezeichnet werden können.

Nicht zuletzt der Vorwurf der Technologiefindlichkeit: Es sind SPD-Bundestagsfraktion und Bundesregierung, die beschlossen haben, bei künftigen Verkabelungen die Glasfasertechnologie zu verwenden und auf die vergleichsweise veralteten Kupfer-Koaxialkabel zu verzichten. Dieser Beschluß steht, die Entwicklung wird vorangetrieben, der Technik eröffnen sich zukunftsorientierte Möglichkeiten. Angesichts dieser Tatsachen den Vorwurf der Technologiefindlichkeit zu erheben, wirkt wie ein Bumerang.

Geradezu entlarvend ist ebenfalls die Behauptung eines Investitionsstaus von 60 bis 90 Milliarden DM. Hier arbeitet die CDU mit Kabelfernsehennetzen, die goldene



Eier in den Schoß kommerzieller Programmacher legen. Nun, ein Herr Springer läßt sein BILD jubeln, weil er neue Verdienstquellen mit sicherer Nase aufzuspüren vermag. Aber wohlweislich wird verschwiegen, daß die Eier vom Bürger durch höhere Fernsehgebühren vergoldet werden müssen.

Offensichtlich wird am Bedarf der Gebührenzahler großzügig vorbeentschieden. Bereits für die vier Pilotprojekte (München, Ludwigshafen, Dortmund, Berlin) ist eine Gebührenerhöhung von 20 Pfennig erforderlich. Dies sei unwesentlich? Die Gebührenerhöhung gilt für alle Bürger, die Kabelfernsehversuche erreichen aber nur einige Zehntausend!

Folgerichtig besteht also der sogenannte Investitionsstau von 60 bis 90 Milliarden DM aus den möglichen Gebührenerhöhungen beziehungsweise Einnahmen aus Werbung bei Verkabelung unserer gesamten Republik und des dann von der CDU angestrebten kommerziellen Programmangebotes.

Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen ist dies ein verantwortungsloses Vorgehen der CDU.

Statt medienpolitische Hochseilakte mit doppeltem Boden zu vollziehen, sollte sich die Auseinandersetzung auf andere Schwerpunkte verlagern:

- Die 140 Millionen DM für vier Kabelfernsehpilotprojekte sind überzogen. Die Technik ist veraltet, die Investitionen nicht gerechtfertigt.

Es muß ernsthaft angestrebt werden, die Projekte auf zwei Städte zu konzentrieren: Dortmund und Ludwigshafen.

- Eine Erhöhung des Werbeanteils in Rundfunk und Fernsehen ist nicht nur eine versteckte Gebührenerhöhung, sondern auch eine Einladung an kommerzielle Träger, eigene werbefinanzierte Programme anzubieten.

Wer also glaubhaft für öffentlich-rechtliche Trägerschaft eintreten will, muß ein Mehr an Werbung ablehnen.

Letztendlich erweist sich das Geschenk zusätzlicher Programme in Rundfunk und Fernsehen als Kuckucksei: Kommerzialisierung auf Kosten der Zuschauer. Und die CDU dort, wo sie hingehört: An der Seite derer, die mit zusätzlichem Fernsehen mehr Geld machen wollen.

(-/27.5.1981/ks/ca)

+ + +



Schwierigkeiten mit sich selbst

CSU-Jugend zwischen Eigenständigkeit und Strauß-Kurs

Von Wolfgang Metz

Stellvertretender Pressesprecher der SPD in Bayern

Bayerns CSU-Nachwuchs hat Schwierigkeiten mit sich selbst. Auf der jüngsten Landesversammlung des Verbandes in München waren die personellen und inhaltlichen Meinungsverschiedenheiten nicht mehr zu übertünchen. Der alte und neue Landesvorsitzende Alfred Sauter, von Strauß zur Verbitterung der Delegierten mit "lieber Hermann" angesprochen, wurde zwar wiedergewählt, mußte aber von 265 Stimmen 77 Gegenstimmen einstecken. Einer seiner Stellvertreter brachte es gar nur auf 112 von 268 abgegebenen Stimmen. Dem Vorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Sauter wird eine "Anbiederung an Strauß" und eine "zu unkritische Haltung gegenüber der CSU" vorgeworfen. Außerdem - so einige Delegierte - benutze Sauter den Verband vorwiegend zur eigenen Profilierung.

Das Hauptthema der Landesversammlung 81 der Jungen Union Bayern war die Ausländerpolitik. Eine beachtliche Minderheit will einen Teil der Ausländer wieder nach Hause schicken und hält auch den Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung für zu hoch. Dem konnte zwar der Vorstand mit einem Leit Antrag begegnen, in der Sache selbst hat aber auch dieser Beschluß nicht viel zu bieten. Die Junge Union in Bayern hält am bi-kulturellen Schulsystem fest, obwohl erwiesen ist, daß Jugendliche die die muttersprachlichen Klassen - eine Spezialität in Bayern - absolviert haben, weitaus geringere berufliche Chancen haben als Absolventen der deutschen Regeiklassen. Das kommunale Ausländerwahlrecht wird strikt abgelehnt. Der Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer soll zwar nicht aufgehoben werden, aber gleichzeitig soll geprüft werden, ob eine Übertragung des Schweizer Saisonarbeiter-Modells auf die Bundesrepublik in Frage kommt. Offensichtlich wollte die Junge Union Bayerns Strauß und der Staatsregierung keine Abfuhr erteilen, die für bestimmte Branchen, zum Beispiel dem Fremdenverkehr, eine Aufweichung des Anwerbestopps anstreben.

Dem lieben Hermann, alias Alfred Sauter, sei ins Stammbuch geschrieben: Zu den brennenden Fragen der Ausländerpolitik, wie zum Beispiel Wohnungen zu erschwinglichen Preisen, Familienzusammenführung, gleichberechtigte Ausbildung in Schule und Beruf, Bewahrung der kulturellen Eigenständigkeit blieb die CSU-Jugend eine konkrete Antwort schuldig. Umso unverständlicher muß die Arroganz des Vorsitzenden Sauter wirken, der sich zu der Behauptung verstieg: "Wir brauchen in Bayern keine Alternativen, wir sind die Alternative." Auf Dauer hält keine Organisation so viele Sprüche und so wenig konkrete politische Lösungsvorschläge aus. Keine Stellungnahme zu der Massenverhaftung in Nürnberg, kein Wort zur Diskussion um Sicherheit und Abrüstung. Die Junge Union Bayern muß sich entscheiden, ob sie einen eigenständigen Weg gehen oder - wenn auch durch Ausklammern - letztlich immer wieder auf Strauß-Linie einschwenken will. (-/27.5.1981/ks/ca)

Verantwortlich: Willi Carl